

Nahostpolitik

Michael L. Bauer/Simon Hartmann

Im Nahen Osten setzten sich im Schatten der Covid-19-Pandemie die politischen und militärischen Konflikte auf regionaler und innerstaatlicher Ebene fort. Die fragilen und vielfach wenig handlungsfähigen staatlichen Strukturen werden durch die Pandemie zusätzlich herausgefordert. Humanitäre und wirtschaftliche Krisen werden verschärft. Währenddessen üben Akteure wie Russland und die Türkei weiter ihren Einfluss in der Region aus und nutzen dabei auch die Möglichkeiten, die die erratische US-Politik und die europäische Tatenlosigkeit ihnen bieten. Im östlichen Mittelmeerraum spitzt sich der Streit um Erdgasvorräte zwischen Griechenland und der Republik Zypern auf der einen und der Türkei auf der anderen Seite immer weiter zu.¹ Der Libanon ist nach der verheerenden Explosion im Hafen von Beirut endgültig dabei, zu einem „failed state“ zu werden. Die Golfregion stand nach der Tötung des iranischen Generals Qasem Soleimani durch einen US-Luftangriff im Januar 2020 am Rande eines militärischen Flächenbrands.

Die Mitgliedstaaten der EU selbst haben mit den Folgen von SARS-CoV-2 zu kämpfen und zeigen sich weiterhin kaum in der Lage, jenseits des Deklaratorischen einheitliche politische Positionen mit Blick auf die verschiedenen Konflikte einzunehmen, geschweige denn gemeinsam zu handeln. Solange die Europäer ihre Uneinigkeit pflegen und nationale Partikularinteressen verfolgen, werden sie kaum in der Lage sein, den destruktiven Entwicklungen in ihrer südöstlichen Nachbarschaft entgegenzuwirken.

Die Covid-19-Pandemie in Nahost

Vor dem Hintergrund der dramatischen Entwicklungen in Ländern wie Italien und Spanien im Frühjahr 2020 haben die meisten Regierungen in der Region schnell realisiert, dass ihre Gesundheitssysteme nicht ausreichend auf die Pandemie würden reagieren können. Durch Grenzsicherungen und strenge Ausgangssperren wurde versucht, die Ausbreitung des Virus zu verhindern. Sieht man vom Iran ab, gelang es durch diese Maßnahmen, die „erste Welle“ in den meisten Ländern der Region einigermaßen im Griff zu halten. Bei der Überwachung der Ausgangssperren kam in einigen Staaten das Militär zum Einsatz, die Befugnisse der Exekutivorgane wurden ausgeweitet und öffentliche Kritik an Regierungshandeln in der Krise ist verpönt beziehungsweise wird als Verbreitung von „Fake News“ unter Strafe gestellt.² Autoritäre Politikstile verstärken sich in der Krise noch.

Die sozioökonomischen Folgen der Krise sind indes bisher kaum absehbar. Durch die Beschränkungen des öffentlichen Lebens sind die wirtschaftlichen Aktivitäten in einigen Ländern zeitweise zum Erliegen gekommen. Besonders hart getroffen wurden davon Personen, die im informellen Sektor, der im Nahen Osten traditionell sehr groß ist, beschäftigt sind. Diese Menschen haben oftmals nicht einmal Zugang zu den ohnehin schwach ausgeprägten sozialen Sicherungssystemen. Auch der Tourismussektor ist durch

1 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Energiepolitik“, „Türkei“ und „Zypern“ in diesem Jahrbuch.

2 Für eine Übersicht über das Krisenmanagement der Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens siehe: Christina Baade et al.: Covid-19 in Nahost und Nordafrika, Coronaperspektiven, Konrad-Adenauer-Stiftung, April 2020.

die Grenzsicherungen schwer getroffen. Internationaler Handel und Exporte nach Europa sind zurückgegangen. Aufgrund der internationalen Wirtschaftskrise sind die Rücküberweisungen im Ausland lebender Bürger nahöstlicher Staaten erheblich gesunken. Die ressourcenreichen Staaten der Arabischen Halbinsel haben zudem mit den niedrigen Ölpreisen zu kämpfen und die nationalen Modernisierungsvorhaben, die einige dieser Länder verfolgen, haben erhebliche Rückschläge erfahren. Im Libanon wurde die wirtschaftliche und politische Krise durch die Explosion großer Mengen von allem Anschein nach unsachgemäß im Hafen Beiruts gelagertem Ammoniumnitrat Anfang August 2020 dramatisch verschärft.

Die europäischen Staaten legten den Fokus ihrer Politik angesichts von SARS-CoV-2 in erster Linie auf die Bereitstellung medizinischer Hilfe. Zudem wurden einigen Staaten auch Finanzhilfen zur Finanzierung von gesundheitspolitischen Maßnahmen gewährt. Jordanien, der Libanon und Irak erhielten zur Versorgung der syrischen Geflohenen in den Ländern zusätzliche finanzielle Hilfen. Nach der Explosion in Beirut wurden außerdem humanitäre Hilfen für das Land auf den Weg gebracht.

Annexionspläne im Israel-Palästina-Konflikt

Wegen neuer Entwicklungen ist der Israel-Palästina-Konflikt wieder stärker ins Blickfeld der europäischen Nahostpolitik gerückt. Während die EU weiterhin an der verhandelten Zwei-Staaten-Lösung als zentrales Element einer Friedensordnung festhält, haben sich die internationalen und lokalen Rahmenbedingungen beträchtlich verschoben.

Im Januar 2020 stellte US-Präsident Donald Trump den politischen Teil seines sogenannten „Jahrhundertdeals“ vor. Der mit Spannung erwartete Plan verbindet Elemente aus früheren Vorschlägen mit zentralen Forderungen der israelischen Seite. Demnach solle Israel das Westjordanland endgültig annectieren und seine Souveränität auf die Siedlungen in der Westbank ausdehnen. Der palästinensischen Seite wird ein Gebiet an der ägyptischen Grenze als Ausgleich angeboten, das mit einem System von Tunneln und Brücken an den Gazastreifen und die Westbank angebunden werden soll. Nach langem Zögern sprach sich Trump nun ausdrücklich für die Schaffung eines palästinensischen Staates aus. In der Frage der Hauptstadt folgte der US-Präsident seiner bisherigen Linie: Jerusalem soll die alleinige Hauptstadt Israels sein, während die Palästinenser den Ort Abu Dis am Stadtrand von Jerusalem zu einer Hauptstadt ausbauen könnten.³ Schon Mitte 2019 hatte Jared Kushner, Sonderbeauftragter des Präsidenten und Schwiegersohn Trumps, den wirtschaftlichen Teil des Friedensplans vorgestellt. Darin stellte er den Palästinensern im Fall eines Friedensschlusses Investitionen in Höhe von 50 Mrd. US-Dollar in Aussicht.

Die palästinensische Autonomiebehörde lehnte Trumps Vorschlag ab, während Israel weitgehend positiv reagierte. Die Regierung unter dem wiedergewählten Präsidenten Benjamin Netanjahu fasste als Termin für eine mögliche Annexion des Westjordanlands den 1. Juli 2020 ins Auge, scheute sich dann jedoch, Fakten zu schaffen. Die Bekämpfung von SARS-CoV-2 habe Priorität.⁴ Die Bewertung durch die EU fiel gemischt aus: Der Hohe Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, wies die Vorschläge der Trump-Administration mit Nachdruck zurück: Der Plan entspreche nicht den international vereinbarten Parametern. Wichtige Mitgliedstaaten, wie etwa Deutschland und Frankreich, lobten zwar die Gelegenheit für neue Verhandlungen, verwiesen

3 Peter Beaumont: Trump's Middle East peace plan: key points at a glance, in: Guardian, 28.1.2020.

4 Benjamin Hammer: Netanyahu schafft noch keine Fakten, in: Tagesschau, 1.7.2020.

jedoch auf die Notwendigkeit der Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967. Nur wenige Staaten unterstützten den US-Vorstoß umfänglich, allen voran Ungarn.⁵

Unter dem Dach ihrer Nachbarschaftspolitik unterstützt die EU mit der Programmlinie „European Joint Strategy in support of Palestine“ verschiedene lokale Projekte in den Bereichen Regierungsführung, wirtschaftliche Entwicklung und Energiesicherheit. Die jährlichen Zuweisungen von etwas mehr als einer Mrd. Euro laufen zum Jahresende 2020 aus, sodass abzuwarten ist, wie die EU auf die neue Lage vor Ort reagieren wird.⁶

Bündnisänderungen in Syrien

Eine weitere zentrale Herausforderung für die europäische Nahostpolitik bleibt der Bürgerkrieg in Syrien, der weiterhin mit großer Härte geführt wird. Zum einen neigt sich der Kampf um Idlib offensichtlich einem Ende zu, zum anderen änderte sich nach einer türkischen Offensive das Bündnissystem nachhaltig.

In der ehemaligen „Deeskalationszone“ in dem nordwestliche Gouvernement Idlib eskalierte die Lage Ende 2019, Anfang 2020, als syrische Truppen mit russischer Hilfe rund die Hälfte der bis dahin von Aufständischen kontrollierten Region zurückeroberten. Auch nach der Vereinbarung einer Waffenruhe zwischen Moskau und Ankara im März 2020 gingen die Kämpfe in verminderter Geschwindigkeit weiter. In einem langsamen Vormarsch konnten syrische Truppen einzelne Gebiete zurückerobern, sodass nur noch ein kleiner Teil der Region von Aufständischen gehalten wird. Dabei bildet die Nachfolgeorganisation der mit al-Qaida assoziierten Jabat-al-Nusra-Front, „Hayat Tahrir al Sham“, weiterhin die größte Gruppierung, selbst nachdem sie dezimiert wurde.⁷ Zudem gelang US-Spezialkräften am 26. Oktober 2019 in Idlib ein wichtiger Schlag gegen den sogenannten „Islamischen Staat“, indem sie dessen Anführer Abu Bakr al-Baghdadi ausfindig machten und töteten.⁸

Im Zentrum weiterer Kämpfe in Nordsyrien standen die kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG), die von der Türkei als Ableger der Terrororganisation „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) gesehen werden, bisher jedoch von den USA als bevorzugter Bündnispartner am Boden behandelt wurden. Im Oktober 2019 begann die Türkei eine Militäroffensive namens „Friedensquelle“ und verdrängte die YPG aus dem Gebiet zwischen den Siedlungen Tell Abyad und Ras al-Ayn. Die US-Truppen, die kein Gefecht mit dem NATO-Partner riskieren wollten, zogen nach Süden ab. Die YPG, der mit einem Mal ihr wichtigster Verbündete abhanden gekommen war, suchte daher Kontakt mit der syrischen Regierung und reihte sich in das Bündnis um Machthaber Baschar al-Assad ein. Infolgedessen rückten ebenfalls mit Assad verbündete russische Truppen in jene Gebiete vor, die zuvor von den USA verlassen wurden. Nach einer brüchigen Waffenruhe patrouillieren gemeinsame türkisch-russische Konvois entlang des eroberten Gebiets.⁹

5 Neil Quilliam/Reni Zhelyazkova: How Donald Trump's Peace Plan Looks to the Gulf and Europe, 19.2.2020, abrufbar unter: <https://www.chathamhouse.org/expert/comment/how-donald-trump-s-peace-plan-looks-gulf-and-europe> (letzter Zugriff: 14.8.2020).

6 Europäische Kommission: Palestine, 22.1.2020, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/countries/palestine_en (letzter Zugriff: 14.8.2020).

7 Elizabeth Tsurkov: Idlib Faces a Fearsome Future. Islamist Rule or Mass Murder, in: Foreign Policy 19.9.2019.

8 Welt.de: So lief die Kommandoaktion „Kayla Mueller“ ab, 28.10.2019.

9 Ivana Kottasová/Mary Ilyushina: Russian military police are now patrolling the line between Syrian and Turkish forces, in: CNN, 15.10.2019.

Präsident Erdogan erklärte die von der Türkei in den letzten Jahren eroberten nordsyrischen Gebiete zur Sicherheitszone und verkündete, dort bis zu eine Mio. syrische Flüchtlinge, die in der Türkei leben, ansiedeln zu wollen.¹⁰ Der Rat der EU verurteilte diese unilaterale Offensive ausdrücklich und beschloss, alle ausstehenden Rüstungsexporte nach Ankara einzufrieren. Auf ein EU-weites Waffen-Embargo konnte er sich nicht einigen.¹¹

Weiterhin richtete die EU die vierte Runde des „Brüssel-Prozesses“ aus. Auf der Tagung mit Vertretern von 80 Staaten und internationalen Organisationen wurden Hilfgelder für Syrien und die Nachbarstaaten über 6,9 Mrd. Euro zugesagt.¹² Auch der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen (VN), Geir Pedersen, unternahm einen neuen Anlauf für den Friedensprozess in Genf. Unter der Leitung des Diplomaten trat im Oktober 2019 das „Syrische Verfassungskomitee“ zusammen, an dem je 50 Vertreter des Regimes und der Opposition sowie der Zivilgesellschaft teilnahmen. Nach nur einem Monat brachen die Delegationen die Gespräche jedoch ab und reisten ergebnislos zurück.¹³

Eskalation am Persischen Golf

Einen neuen Höhepunkt erreichten die sicherheitspolitischen Spannungen am Persischen Golf. Zum Jahreswechsel von 2019 auf 2020 erfolgte eine Reihe wechselseitiger Angriffe zwischen US-Truppen in der Region und mit dem Iran verbündeten Milizen im Irak. Auf einen Milizen-Angriff auf die US-Botschaft in Bagdad reagierten die USA Anfang Januar 2020 mit der Tötung General Qasem Soleimani, des Oberbefehlshabers der iranischen Sondereinheiten der „Quds-Brigaden“, durch einen gezielten Drohnenangriff, bei dem auch der irakische Oberbefehlshaber einer Schiitenmiliz ums Leben kam.¹⁴ Soleimani war einer der führenden Köpfe hinter der iranischen Strategie, über den Aufbau von Milizen in der Region Nahost militärischen und politischen Einfluss zu gewinnen. Er genoss im Iran hohes Ansehen, wenngleich das regionale Engagement von der iranischen Bevölkerung zunehmend kritisch gesehen wurde und Ende 2019 Proteste gegen das iranische Regime erfolgt waren, die brutal niedergeschlagen wurden.

Die Tötung schien zunächst einen „rallying around the flag“-Effekt im Iran auszulösen und dem Regime zu nutzen. Als die iranische Luftabwehr wenige Tage später versehentlich eine ukrainische Passagiermaschine abschoß und das Regime vergeblich versuchte, dies als „Unfall“ zu vertuschen, wendete sich die öffentliche Empörung wieder gegen die Machthaber in Teheran. Angesichts der Spannungen bemühten sich die Europäer mit der französisch geführten europäischen Marinemission (EMASOH), einen Beitrag zur Verbesserung der maritime Sicherheit in der Straße von Hormuz zu leisten.¹⁵

Weiterführende Literatur

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Antagonismen in der europäischen Nachbarschaft – Die EU, Russland, die Türkei, Iran und Saudi-Arabien ringen um Einfluss in der europäischen Nachbarschaft, Gütersloh 2018.

10 Issio Ehrlich: „Das wird ein Ethnozid“, in: Die Zeit, 8.10.2019.

11 Zia Weise/Jacopo Barigazzi: EU countries agree to suspend arms exports to Turkey, in: Politico, 14.10.2019.

12 Rat der Europäischen Union: Supporting the future of Syria and the region. Brussels IV Conference, 30.6.2020, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-ministerial-meeting/s/2020/06/30/> (letzter Zugriff: 14.8.2020).

13 VN-Sicherheitsrat: Mitteilung an die Presse. 8696. Tagung des Rates, 20.12.2019, Dok. SC/14065.

14 Siehe hierzu die Übersicht: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Der Tod von General Soleimani und seine Folgen: Wahrnehmungen und Reaktionen im Nahen und Mittleren Osten, Januar 2020, abrufbar unter: <https://www.kas.de/de/der-tod-von-general-soleimani-und-seine-folgen> (letzter Zugriff: 14.8.2020).

15 Tangi Salaün: France kickstarts European mission in the Strait of Hormuz, in: Reuters, 20.1.2020.